



Wohlstand nicht ins Ausland exportieren

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki: „Eigene Gasvorkommen machen uns für die nächsten 30 Jahre komplett unabhängig von allen Gasimporten“

Wolfgang Kubicki gehört zu den Spitzenpolitikern des Deutschen Bundestages. Der studierte Volkswirt und Jurist gilt als geschliffener Rhetoriker und in seiner Partei, der FDP, als vielfach unbequemer Quer- und Vordenker, der sich nicht scheut, Mut zur eigenen Meinung zu haben – auch wenn diese mit der Mehrheitsmeinung seiner Partei kollidiert, oder nicht auf Mainstream-Linie liegt. So sprach er sich 2018 auf dem Parteitag der FDP für eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus und erklärte im August 2022, dass er keinen vernünftigen Grund sehe, Nord Stream 2 nicht zu öffnen. Den Grund für die gewalttätigen Ausschreitungen im August 2018 sah Wolfgang Kubicki in der „Wir-schaffen-das“-Aussage von Kanzlerin Angela Merkel. Während der Covid-19-Pandemie kritisierte der FDP-Mann das Robert-Koch-Institut und dessen Präsidenten Lothar Wieler, weil die RKI-Zahlen eher den Eindruck vermittelten, „politisch motivierte Zahlen zu sein, als wissenschaftlich fundierte“. Weiterhin positionierte sich Wolfgang Kubicki gegen eine allgemeine Covid-19-Impfpflicht, weil diese nach seiner Ansicht verfassungswidrig sei und einen schweren Vertrauensbruch gegenüber der Bevölkerung darstelle. Zudem erklärte er, vielen Impfpflichtbefürwortern schein es vor allem „um Rache und Vergeltung an Ungeimpften zu gehen“. Daher war es nur konsequent, als der Bundestagsvizepräsident im September 2022 mit sieben

weiteren Abgeordneten der FDP-Fraktion im Bundestag gegen eine Neufassung des Infektionsschutzgesetzes der Ampel-Koalition stimmte. Wolfgang Kubicki ist nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch beim politischen Gegner und anderen hochrangigen Persönlichkeiten für seine pointierten und teilweise auch zugespitzten Aussagen bekannt. So nannte er den Vorsitzenden des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, den „Saddam Hussein der Ärzteschaft“. Und über Katrin Göring-Eckardt verlautbarte er, dass die notorisch-moralische Attitüde der Grünenpolitikerin seinen Blutdruck in die Höhe steigen ließe. Über Karl Lauterbach äußerte Wolfgang Kubicki in einem Statement in Bild TV, dass man jemanden wie Lauterbach in seiner Stammkneipe „Spacke und Dumpfbucke“ nennt. Wolfgang Kubicki hat sich aber nicht nur als Spitzenpolitiker einen Namen gemacht, sondern auch als Bestsellerautor. In seinem 2020 erschienenen Buch „MeinungsUNfreiheit“ kritisiert er die Debattenkultur in Deutschland, weil er eine erhöhte Verbreitung des Gefühls befürchtet, aufgrund einer Meinungsäußerung persönliche oder existenzielle Probleme bekommen zu können. Des Weiteren beklagte er, dass seiner Beobachtung nach Diskussionen nicht mehr argumentativ, sondern entlang moralischer Haltungen geführt würden. Über all diese Themen und Problembereiche sprachen Anita und Joachim Schäfer mit Wolfgang Kubicki in seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus.

? Herr Präsident, in einer persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages haben Sie begründet, warum Sie nicht für das neue Infektionsschutzgesetz gestimmt haben. Ihre Haltung hat Ihnen auch im eigenen Lager zum Teil deutliche Kritik eingebracht. Begründen Sie bitte noch einmal Ihre damalige Entscheidung.

Wolfgang Kubicki: Die Freien Demokraten haben immer auf eine inzidenzbasierende Coronapolitik bestanden, die nicht auf Vermutungen und Annahmen aufbaut. Das neue Infektionsschutzgesetz hat aus meiner Sicht zwei gravierende Mängel, die mir eine Zustimmung nicht erlaubt haben. Der erste Mangel ist, dass wir trotz einer verbes-

serten Coronalage durch die Omikron-Variante schärfere Maßnahmen umgesetzt haben – und zwar unabhängig von jeglicher Inzidenz –, wie zum Beispiel das Tragen von FFP2-Masken in Fernzügen, Arztpraxen und Krankenhäusern bis zum 07. April des nächsten Jahres. Der aus meiner Sicht zweite Mangel ist, dass wir den Ländern die Möglichkeit eröffnet haben, die Maskenpflicht in Schulen wieder einzuführen, obwohl wir wissen, dass die Schulen keine Infektionstreiber waren und die Kinder massiv darunter gelitten haben, im Unterricht Masken zu tragen.

? Im Oktober vergangenen Jahres kündigte Bundesjustizminister Marco Buschmann ein absolutes Ende aller Corona-

„Wir sind in einer Koalition mit einem Bundesgesundheitsminister, dessen Lebensinhalt der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist.“

Schutzmaßnahmen an – und zwar spätestens mit dem Frühlingsbeginn am 20. März 2022. Das Ergebnis kennen wir. Nun stellte Buschmann in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ das Ende aller Corona-Maßnahmen im kommenden Frühjahr in Aussicht. Läuft Buschmann nicht erneut Gefahr, in die gleiche Falle zu tappen? Wäre es nicht besser, einen fixen Zeitpunkt zu nennen und zu definieren, unter welchen Voraussetzungen die Pandemie auch in Deutschland für beendet erklärt werden kann?

Wolfgang Kubicki: Wir sind in einer Koalition mit einem Bundesgesundheitsminister, dessen Lebensinhalt der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist. Selbst wenn sich die Omikron-Variante

mittlerweile als mit einer normalen Grippe vergleichbar erweist, wird Lauterbachs Selbstwertempfinden massiv beeinträchtigt. Ich persönlich bin sicher, dass wir, entgegen allen Vermutungen und Befürchtungen von Herrn Lauterbach, keine Killervariante im Herbst oder Winter bekommen werden. Also eine Nachfolgevariante mit einem höheren Infektionsrisiko. Daher wird es meiner Auffassung nach im April des kommenden Jahres nicht mehr zu begründen sein, warum Deutschland als einziges Land in Europa noch an Maßnahmen festhält, die sonst nirgendwo mehr umgesetzt werden.

? Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ist durch den Sabotageanschlag obsolet geworden. Ist es aber nicht so, dass der Wohlstandsverlust, der Deutschland hart treffen wird, sich nicht mit einem moralisch verzückten „Frieren für den Frieden“ schönreden lässt und all die schwerstbemühten Durchhalteparolen derer, die abgesichert sind und es sich finanziell leisten können, nicht mehr helfen werden?

Wolfgang Kubicki: Wir werden schon allein deshalb einen massiven Wohlstandsverlust erleiden, weil wir jetzt sehr teures amerikanisches Fracking-Gas kaufen. Wir müssen feststellen, dass sich die Frachtraten für die Tanker, die das Gas transportieren, mehr als verzwanzigfach haben. Ich habe damals auch nicht gesagt, dass wir unbedingt Nord Stream 2 eröffnen müssen. Ich habe gesagt: „Lasst uns überprüfen, ob es Putin tatsächlich ernst meint, wenn er behauptet, über Nord Stream 2 würde er 100 Prozent der vertraglich vereinbarten Gasmenge liefern“. Wir hätten dann zwei Möglichkeiten gehabt: Entweder hätten wir schnell unsere Gasspeicher füllen können, oder wir hätten Putins Aussage als PR-Aktion entlarvt. Wie bereits erwähnt, müssen wir jetzt viele Fi-



„Selbst wenn sich die Omikron-Variante mittlerweile als mit einer normalen Grippe vergleichbar erweist, wird Lauterbachs Selbstwertempfinden massiv beeinträchtigt.“

nanzmittel aufwenden, um unseren Energiebedarf auch nur annähernd zu decken. Dabei haben wir eigene Gasvorkommen in der Nordsee, in Niedersachsen, in Baden-Württemberg und in Mecklenburg-Vorpommern, die uns für die nächsten 30 Jahre komplett unabhängig von allen Gasimporten machen könnten. Wir wären somit autark, könnten die Preise deckeln und hätten den Vorteil, Wohlstand nicht in die Vereinigten Staaten oder in die arabischen Länder zu exportieren, sondern der Wohlstand würde in Deutschland bleiben. Ich bin überzeugt, dass die Menschen auf Dauer nicht hinnehmen werden, dass ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit darauf verwendet werden muss, dass wir Wohlstand über Energiekäufe exportieren, nur weil unsere grünen Koalitionspartner und Teile der Sozialdemokraten das bisher so wollten und auch zukünftig so wollen.

? Eine Expertenmeinung: „Wir sind ein Stück weit an der Nase herumgeführt worden“, sagt Professor Hans-Joachim Kümpel, ehemaliger Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zur Kritik am Fracking-Verfahren.

Nach seinen Worten ist seit vielen Jahren Fracking eine sichere Technologie.

Wolfgang Kubicki: Zur Ergänzung der Aussage von Professor Kümpel: Die alte Bundesregierung, also die Große Koalition, hatte ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sich mit der Frage beschäftigt hat, ob man auch in Deutschland Schiefergas fördern kann und wie die Risiken einzuschätzen sind. Beteiligt an dem Gutachten war das Bundesumweltamt, das Bundesanstalt für Geowissenschaften und auch das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – sie alle sind zu dem Ergebnis gekommen, was auch nachzulesen ist, dass die Schiefergasförderung in Deutschland mit einem zu vernachlässigenden Risiko betrieben werden kann.

? Stichwort: Kernenergie. Auch hier wird seitens der Bündnisgrünen mithilfe fadenscheiniger Gründe versucht, eine Laufzeitverlängerung bis zum Ende der Energiekrise zu verhindern, indem behauptet wird, nicht der Strompreis, sondern der Gaspreis sei das Problem. Das sehen Experten allerdings ganz anders. Wie bewerten Sie die Haltung von Habeck und Co.?

Wolfgang Kubicki: Ich kann nachvollziehen, dass die Grünen, die 40 Jahre ihres Lebens damit zugebracht haben, der Kernenergie den Garaus zu machen, nun vor einem Problem stehen. Es geht aber jetzt nicht um das Wohlbefinden Einzelner, sondern um das Wohl der Menschen in Deutschland. Wir haben jetzt vereinbart, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke bis zum 15. April 2023 am Netz zu lassen. Wenn wir im März nächsten Jahres feststellen, dass wir die Kernkraftwerke zur Stabilisierung des Strompreises und zur Stabilisierung der Netze benötigen, diese auch nach dem 15. April nächsten Jahres weiterlaufen werden, weil

kein vernünftiger Politiker, ich schließe hier Robert Habeck und Olaf Scholz ein, es in Kauf nehmen kann, dass wir Blackouts bekommen oder die Strompreise nicht mehr bezahlen können. Wir können zwar über eine Strompreisbremse den Strompreis für einen gewissen Zeitraum subventionieren, aber nicht für ewig.

? Vom Politiker zum Bestsellerautor Wolfgang Kubicki. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Staat sich immer mehr in unsere Lebensbereiche einmisch, indem er versucht alles zu regeln und zu reglementieren und der Bürger nicht mehr als das vernunftbegabte Wesen wahrgenommen wird, sondern als reine Verfügungsmasse.

Nun haben Sie ein bemerkenswertes Buch mit dem Titel „Meinungsunfreiheit“ geschrieben. Sehen Sie die Meinungsfreiheit in Deutschland gefährdet?

Wolfgang Kubicki: Institutionell, also rechtlich, ist die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht gefährdet. Aber sie ist faktisch gefährdet, wenn über 70 Prozent der Menschen sagen, dass sie sich nicht mehr trauen, sich zu manchen Fragen zu äußern. Weil jeder, der dem Mainstream nicht folgt, sich dem entgegenstellt oder abweichend argumentiert, ausgegrenzt wird, da es nicht mehr auf das Argument ankommt, sondern auf die richtige Haltung. Dabei ist Fortschritt nur zu erreichen, wenn verschiedene Argumente aufeinanderprallen. Eine der tragenden Säulen der Demokratie ist die Meinungsfreiheit. Und Meinungsfreiheit lebt davon, dass Menschen ohne Angst ihre Argumente vortragen können und nicht sofort ausgegrenzt werden.

? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der Medien? Inzwischen verfestigt sich bei vielen Bürgern der Eindruck, dass vom Mainstream abweichende Meinungen von vie-



len Medien als rechtsradikal apostrophiert werden und die Personen, die hinter diesen Meinungen stehen, sofort in braune Tunke getaucht werden. Stellt sich hier professioneller Journalismus qualitativ nicht auf dieselbe Stufe wie tendenziöse Blogbeiträge?

Wolfgang Kubicki: Gerade bei den öffentlich-rechtlichen Medien herrscht vielfach der Eindruck vor, was in der Redaktion als notwendig und wichtig empfunden wird, Allgemeingut sein muss, ohne dass es hinterfragt werden darf. Als Sozialliberaler, also als Linker in der FDP, wurde ich in die rechte Ecke geschoben, nur weil ich die Frage gestellt habe, ob man über die Flüchtlingszahlen nicht einmal reden müsse, weil die Aufnahmekapazität in Deutschland nicht unendlich ist. Als ich in der Debatte über die Corona-Politik ein paar Maßnahmen hinterfragt habe, wurde ich urplötzlich zum Corona-Leugner oder zum Impfgegner, obwohl ich selbst geimpft bin. Ich war nur dagegen, dass man Menschen dazu zwingt, sich impfen zu lassen. Kurzum: Man wird sehr schnell in eine bestimmte Ecke einsortiert, was belegt, dass es nicht mehr

„Institutionell, also rechtlich, ist die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht gefährdet. Aber sie ist faktisch gefährdet, wenn über 70 Prozent der Menschen sagen, dass sie sich nicht mehr trauen, sich zu manchen Fragen zu äußern.“

darauf ankommt, was man sagt, sondern nur, ob man die richtige Haltung hat. Mit der richtigen Haltung auf der richtigen Seite können Sie noch so abstruse Meinungen äußern. Wenn sie mit jemandem diskutieren, der glaubt, er hätte von Gott oder von der Geschichte den Auftrag erhalten, die Menschheit zu retten, dann ist derjenige, egal wie er argumentiert, immer auf der Verliererseite.

? Der bekannte Journalist Hanns-Joachim Friedrichs stand für den Satz, der – wie Sie schreiben – in keinem journalistischen Poesiealbum fehlen darf: „Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten.“ Inzwischen sieht es aber so aus, dass die neue Leitlinie vieler Medien – wie Sie schon erwähnten – „Haltung statt Information“ lautet. Wird bei derartiger Verfahrensweise der Journalist nicht zum Agitator?

Wolfgang Kubicki: Viele Journalisten behaupten von sich, sie seien auch Aktivisten. So hat beispielsweise das Magazin Stern erklärt, es sei in aktivistischer Umweltpolitik unterwegs. Der Stern versteht sich somit wohl als Sprachrohr von Fridays for Future. Zudem ist es für mich völlig unverständlich, zu sehen, wie Journalisten in ihrer Berichterstattung die Antifa hofieren, obwohl es sich bei der Antifa um eine kriminelle Vereinigung handelt. Das ist das Gegenteil von seriösem Journalismus. Und es ist nicht das, was sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes bei der Formulierung von Artikel 5 gedacht haben.

? Dass ein nicht mainstream-konformes Verhalten zu beruflichen Konsequenzen führen kann, zeigt die Entlassung des Chefs der Hessischen Filmförderung, der mit dem falschen Mann, dem damaligen AfD-Spitzenpolitiker Meuthen, zu Mittag gegessen hatte.

Wolfgang Kubicki: Aus meiner täglichen Arbeit im Deutschen Bundestag weiß ich, dass Abgeordnete aus verschiedenen Parteien mit AfD-Abgeordneten reden. Daraus Konsequenzen ableiten zu wollen, ist nicht nachvollziehbar.

? Zur FDP als Regierungspartei: Ihr Parteivorsitzender und Finanzminister Christian Lindner offenbarte bei einer Wahlkampf-Talkshow in Hannover, dass sich die FDP-Parteibasis mit dem Berliner Regierungsbündnis schwertut. Lindner wörtlich: „Viele unserer Anhänger fremdeln mit der Koalition“ und fügte mit einem deutlichen Hinweis auf eigene Zweifel hinzu: „Ich selbst auch.“

Wolfgang Kubicki: Dass viele unserer Wählerinnen und Wähler, die uns 2021 ihr Vertrauen ausgesprochen haben, mit der Rolle der FDP in dieser Koalition fremdeln, unterschreibe ich. Vielfach werden wir in der Öffentlichkeit so wahrgenommen, als wären wir nur Mehrheitsbeschaffer für eine rot-grüne Politik – was aber nicht stimmt. Deshalb muss es unsere Aufgabe sein, diesem Eindruck entgegenzutreten, ihn zu minimieren. Wir müssen deutlich machen, dass es in der Kernenergiefrage ohne die FDP keinen Beschluss zur Laufzeitverlängerung der Kernreaktoren



Wolfgang Kubicki hat sich auch als Bestseller-Autor einen Namen gemacht.

gegeben hätte. Ähnliches gilt für die Impfpflicht. Ohne die Freien Demokraten hätte Rot-Grün eine Impfpflicht für alle durchgesetzt. Auch das Beharren auf die Einhaltung der Schuldenbremse, die von der Verfassung vorgesehen ist und auch als Abwehrschirm gegen eine uferlose Ausgabenpolitik gilt, ist der Beharrlichkeit der FDP zu verdanken. Das also zeigt, dass man unbeirrt auf bestimmte Positionen bestehen muss, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

? Die Abschlussfrage: Sieht sich Wolfgang Kubicki selbst als Stachel im Fleisch der FDP, oder nur als unbequemer Vordenker der Liberalen?

Wolfgang Kubicki: Ich bin weder der Stachel im Fleisch der FDP noch der Vordenker der Liberalen. Ich darf nur für mich in Anspruch nehmen, dass meine Herangehensweise an Probleme von einer deutlichen Mehrheit meiner Partei geteilt wird. Bei der letzten Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP habe ich von 90 Prozent der Parteitage delegierten Unterstützung und Zustimmung erfahren dürfen. Mit anderen Worten: 90 Prozent der Parteitage delegierten scheinen meine Philosophie offensichtlich zu teilen, die da lautet: Fortschritt entsteht nur, wenn ich das Bestehende hinterfrage und auf den Prüfstand stelle. ■



Mit Wolfgang Kubicki sprachen Anita und Joachim Schäfer